PB.I-01-556

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	BAG Frieden und Internationales
Beschlussdatum:	17.04.2021

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 555 bis 561:
wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und die Bedeutung von Friedensarbeit gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen. ~~Die finanzielle Förderung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau bedarfsgerecht fördern. Darüber hinaus ist ein ressortgemeinsamer Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ nötig, der angemessen ausgestattet sein muss. Es gilt Instrumente der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten zu stärken, um auch die langfristigen Folgen der Pandemie abwenden zu können.~~

Auch die Erfolge und Chancen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wollen wir der Bevölkerung durch Investitionen in mehr und zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit vermitteln. Dazu wollen wir uns u.a. für einen Fonds für unabhängige journalistische Arbeit in Konfliktregionen sowie für einen Begegnungsort in Berlin einsetzen, an dem Friedensarbeit praktisch erfahrbar gemacht wird.
Die finanzielle Förderung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau bedarfsgerecht fördern. Darüber hinaus ist ein ressortgemeinsamer Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“ nötig, der angemessen ausgestattet sein muss. Es gilt Instrumente der Krisenfrüherkennung und Analysekapazitäten zu stärken, um auch die langfristigen Folgen der Pandemie abwenden zu können.

Begründung

Jenseits der Fachcommunity wissen nur wenige Menschen, dass es so etwas wie zivile Krisenprävention gibt. Während die Bundeswehr viel Geld für Jugendoffiziere ausgibt, die in Schulen gehen, gibt es kaum Geld für die Öffentlichkeitsarbeit für Friedensmaßnahmen, obwohl viele verschiedene Institutionen in Deutschland an Friedensprojekten arbeiten. Diese sind allerdings kaum sichtbar. Ein erster, gut umsetzbarer Schritt wäre die Einrichtung einer Begegnungsstelle in Berlin, wo sich Menschen informieren können. Die Stelle könnte zB in das Programm der Bundestagsbesucherfahrten oder von Schulklassen aus ganz Deutschland, die Berlin besuchen, aufgenommen werden. Der Antrag ergänzt den Wahlprogrammentwurf für Berlin, in dem es heißt: "Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum” entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht." Siehe 3594-3596 im Berliner Wahlprogrammentwurf: https://gruene.berlin/fileadmin/BE/lv_berlin/LV_Berlin_Dokumente/zentrale_Dokume--nte_Landesverband/b90dg_wahlprogrammentwurf_2021.pdf

Es ist wichtig - auch mit Blick auf eventuelle spätere Förderprogramme für ein solches Friedensforum -, dass der Bedarf nach mehr Öffentlichkeitsarbeit sowie die Schaffungs eines Ortes in Berlin neben dem Berliner Wahlprogramm auch im Bundestagswahlprogramm verankert wird.

Neben der Forderung nach einem Begegnungsort zur Friedensarbeit in Berlin ist die Förderung des Journalismus in und zu Konfliktregionen zentral. Auch Organisationen wie "Peace Counts", die positive Beispiele der zivilen Konfliktbearbeitung journalistisch aufbereiten, gilt es zu fördern. Siehe z.B.: https://peacelab.blog/2019/10/frieden-ist-langweilig-von-wegen.